

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Berlin Brief

Nr. 310

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic, MdB

18. Februar 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

nach zweiwöchiger Sitzungspause und einer dienstlichen Reise nach Montenegro ging es am vergangenen

Wochenende zurück nach Berlin, um in der Bundesversammlung gemeinsam mit 1741 anderen Wahlleuten unser Staatsoberhaupt (wieder) zu wählen. Für mich persönlich ein "Highlight" dieser noch jungen Legislaturperiode gleich in zweierlei Hinsicht.

Zum einen selbstverständlich aufgrund des Kandidaten. Frank-Walter Steinmeier kam vor fünf Jahren zum ersten Mal ins Amt als die Welt in vielerlei Hinsicht noch sehr anders aussah. Im Bundestag bestand noch ein demokratischer Konsens, die ungeliebte Große Koalition schien in ihren letzten Zügen und während sich schon Risse in der internationalen Ordnung der letzten Jahrzehnte abzeichneten, lebten wir doch noch im vorpandemischen Zeitalter. Die Herausforderungen seitdem waren vielfältig: die schwierige Regierungsbildung nach dem Scheitern von Jamaika, das Erstarren des Rechtsradikalismus, die zunehmende globale Unordnung und nicht zuletzt das Corona-Virus mit all seinen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen. Durch sie hinweg entpuppte sich der nüchterne ehemalige politische Beamte Frank-Walter Steinmeier als leidenschaftlicher, sehr reflektierter, aber vor allem auch überparteilicher Garant für das Streben nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und den Respekt für unser demokratisches System. Er unterstrich dies auch erneut in der Rede nach seiner Wiederwahl in der er nicht nur treffende Worte zur Bedrohung unserer demokratischen Verbündeten in Osteuropa durch Russland fand, sondern auch dem unterlegenen Kandidaten der Linkspartei, Herrn Prof. Dr. Trabert, zur Zusammenarbeit einlud und die Bedeutung der Pandemie für unsere Demokratie reflektierte. Er ist der Richtige für diese Zeit und ich bin froh, ihn weiter an der Spitze unseres Staates zu wissen.

Zum anderen ist aber auch die Bundesversammlung ein in dieser Form einzigartiges demokratisches Ereignis. Oft wird dem Bundestag vorgeworfen, nicht mehr angemessen die Vielfalt der Identitäten, Biografien und Lebenserfahrungen unserer Gesellschaft abzubilden. Dieser Vorwurf ist teils überzogen, teils beschreibt er aber ein bestehendes Problem. Als einer der wenigen Arbeiter und Nicht-Akademiker im Haus weiß ich, wovon ich spreche! Die Bundesversammlung ist anders: hier sitzen Abgeordnete neben Künstler*innen, Sozialarbeiter*innen, Friseur*innen, Krankenpfleger*innen, Sportler*innen und vielen mehr. Die Bundesversammlung ist so kein abstraktes, fernes Gremium, sondern rückt die Wahl unseres Staatsoberhauptes in die Mitte unserer Gesellschaft. Dort, wo sie hingehört. Daran teilzuhaben ist nicht nur eine große Ehre, sondern vor allem auch eine wichtige und willkommene Erinnerung, wen wir als Abgeordnete im politischen Alltag alles in unseren Entscheidungen berücksichtigen müssen und repräsentieren dürfen.

Die darauffolgende Sitzungswoche stand bei mir dabei ganz unter dem Zeichen der Außenpolitik. Neben der andauernden Beschäftigung mit Lösungsansätzen für die angespannte Situation im Westbalkan beschäftigte mich dabei auch die Ukraine-Krise, zu der wir uns im Europa-Ausschuss mit dem ukrainischen Botschafter, Herr Melnyk, austauschen konnten. Wie auch Bundeskanzler Scholz bei seinen Besuchen in den Washington, Kiew und Moskau betonte, stellt die Einkreisung der Ukraine durch massive russische Truppenkontingente eine Bedrohung nicht nur für das Land, sondern ganz grundsätzlich für den Frieden und die Stabilität in Europa dar. Als Bundesrepublik stehen wir dabei klar auf der Seite derer, die für eine liberale globale Ordnung streiten, in der feste Prinzipien und Diplomatie das Verhältnis zwischen Staaten regeln, nicht das Recht des Stärkeren und nationalistisches Machtstreben. Als Mittler im Normandie-Format nimmt Deutschland dabei gemeinsam mit Frankreich eine besondere Rolle ein, weswegen einseitige Waffenlieferungen für uns kein angemessenes Mittel zur Lösung der aktuellen Spannungen sind. Frieden lässt sich nur durch geduldige und hartnäckige Diplomatie sichern, nicht durch immer weiter eskalierende Drohungen und Aufrüstung -- hierin bleiben wir standhaft.

Die nächste Sitzungswoche steht nun erst Mitte März an. Ich freue mich, in der Zwischenzeit viele Termine im Wahlkreis wahrnehmen zu können und hoffe, dass mit dem Frühlingsbeginn und den sinkenden Infektionszahlen dann auch endlich etwas mehr Normalität in unser aller Alltag zurückkehrt.

Bis dahin, bleiben Sie gesund!

Ihr/Euer

Josip Juratsch

Termine

25– **Jahreshauptversammlung der Südosteuropa Gesellschaft**
Online

26

FEB

3

Bürgersprechstunde

Telefonisch

MÄR

8

Besuch der AWO Mosbach

Mosbach

MÄR

Bild der Woche



Beim Austausch mit Bundespräsident Steinmeier (Archiv-Foto)



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? Hier abmelden.